

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gründungsnummer Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und des 1. Mai. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postcheck-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem leistungsfähigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklameweile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufnahme.

Nr. 98

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 29. April 1921 (Robert)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Besprechung der auswärtigen Lage.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 29. April. Wie der Sozialanzeiger meldet, ereignete sich gestern Abend bei Wamsdorf gegen 6 Uhr am Weiten Horn auf der Havel ein schweres Seglerunglück, bei dem zwei Personen ertranken. Das Boot kenterte und alle drei Insassen stürzten in das wild bewegte Wasser. Dem herbeigeeilten Fähnrich Wamsdorf, der bereits an 20 Personen das Leben gerettet hat, gelang es, den mit den Wellen kämpfenden Bootbesitzer zu retten. Die beiden Mitfahrer waren bereits ertrunken.

Berlin, 29. April. Der Sozialanzeiger meldet aus Christiania, dass eine außerordentliche Hitze über Nordeuropa geht. Gestern wurde in Christiania eine Temperatur von 24 Grad Celsius gemessen, nur ein Grad weniger als die Höchsttemperatur im Sommer. Die Stadtleute flüchten vielfach in die kühlen Berge hinaus.

Berlin, 29. April. Besprechungen zwischen Vertretern des Berliner Magistrats und den Angehörigen und Arbeitern der Berliner Straßenbahnen, der Omnibus-Gesellschaften und der Hoch- und Untergrundbahn haben das Ergebnis gehabt, dass diese gesamte Verkehr in Berlin am 1. Mai ruhen wird und die Feiernden von der Befreiung des Tages Gebrauch machen. Eine Verringerung im Verkehr der Eisenbahnenverwaltung ist, wie die Blätter

Berlin, 29. April. Hier haben die Betriebsleiter der Tageszeitungen in einer Entschuldigungsbesprechung gegen die erneute Papierpreiserhöhung protestiert und erklärt, dass sie sich in dieser Frage geschlossen auf die Seite der Leser stellen.

Breslau, 29. April. Wie aus Breslau gemeldet wird, stehen in der Wollauer Gasse seit gestern mittag große Waldbestände in Flammen. Das Feuer greift infolge des starken Ostwindes immer weiter um sich. Die Wollauer Ordnungspolizei und Reichswehrtruppen versuchen, den Brand zu löschen. Der bereits angerichtete Schaden beträgt sieben Millionen Mark.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. April. Der Reichstag leitete die Besprechung der auswärtigen Politik fort.

Zunächst erörterte er einen von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf, wonach die Verfassung über Gold bis zum 1. Oktober 1921 verfallen und außer Kraft tritt.

Als erster Redner zur auswärtigen Politik wandte sich Dr. Stresemann (D. Vp.) gegen das Parteigutachten und forderte, dass das Staatsinteresse über das Parteinteresse gestellt werden müsse.

Man müsse einen geschlossenen Frontenstand einnehmen, der Deutschland und Bismarck 1871 gelehrt. Ich verweise hin auf die Verhandlung, die dem hungernden Paris durch Deutschland zuteil wurde; auf die Verhandlungen über den Friedensschluss.

Das Ansehen unseres Heeres steht auch bei unseren Gegnern in hohen Ehren und wird in der ganzen Welt anerkannt.

Eine staatsverhaltende Politik besteht darin, in schwierigen Zeiten die Verantwortung auf sich zu nehmen und nicht zur unvernünftigen Opposition überzugehen. Wir nehmen die Verantwortung auf uns, dass der angestrebte Frieden mit den Vereinigten Staaten nicht abgeht, nachdem das Parlament diesen Schritt eingeleitet hat. In diesem Sinn billigen wir den Schritt der Regierung. Die Vorbereitung des Schritts unterliegt keiner Kritik. Man hätte besonders früher Fühlung nehmen können. Wenn vor allem betont wäre, dass die Pariser Beschlüsse die oberste Grenze eines Schiedsspruchs sein könnten, so wäre die Stellung Deutschlands ganz anders gewesen. In der Würdigung des Ministers Simons stimme ich mit Herrn Bötticher überein. Die Auffassung über die Schuldfrage kann nicht in offiziellen Gauden liegen. Das Auswärtige Amt kann nicht Propaganda treiben, wie jedes Wort in der ganzen Welt gehört wird. Ich glaube fest an die Möglichkeit einer internationalen Verständigung; sie wird kommen, weil sie kommen muss. Unser Interzession wäre auch derjenige Frankreichs. Das Parlament ist für uns ein ständiges Ergebnis in Sicherheit. Äußerer und innerer Frieden. Der Verband mag sich überlegen, ob er nicht lieber um die Möglichkeit geben will, durch Zusammenchluss aller Kräfte uns in den Stand zu setzen, die Forderungen zu erfüllen. (Beifall.)

Minister Dr. Simons: Sie wissen alle, dass ich im Sommer 1919 der Meinung gewesen bin, man hätte den Versailler Frieden nicht unterschreiben sollen, und dass ich damals aus dem auswärtigen Dienst geschieden bin, weil ich die Konsequenzen der Unterzeichnung des Friedens nicht bedenken wollte. In ein solches Einverständnis des Versailler Friedens umschiffen, so werden Sie mir vergeben, dass ich damit dem deutschen Volke ein Opfer gebracht habe. Ich möchte mich nach den Umständen richten, unter denen ich die Lage fand, und wenn damals zurückgegriffen wurde auf einen der Männer, die den Versailler Frieden besonders mit durchgearbeitet haben, so habe ich geglaubt, mich dieser Pflicht nicht entziehen zu müssen. Ich kann mich aber nicht auf den Standpunkt stellen, den ich damals hatte. Deswegen ist es nicht gerechtfertigt, wenn man mir den Vorwurf macht, dass ich in London die Frage der deutschen Verant-

wortlichkeit am Krieg nicht durchgefochten hätte. Ich hatte doch die Aufgabe, möglichst viel aus den Verhandlungen herauszuholen und nicht bloß einen Protest gegen die erzwungene Unterzeichnung auszusprechen. Ich habe dabei, es war richtig, dass ich mich damals beschränkt habe. Wer die Verantwortung auf dem Weltkrieg trägt, darüber wird einst die Weltgeschichte entscheiden. Ich habe es für die einzige richtige Politik einer Regierung, dass sie der Wahrheit nicht vertraut und für den Durchbruch der Wahrheit alles tut. Zahl die Kräfte unserer Gegner sich ebenfalls öffnen, wird unser Ziel sein.

Wegen der Verhandlungen mit Amerika ist uns vorgeworfen worden, dass wir so wenig Vorführer ausgesprochen hätten, ob unser Appell auf einen günstigen Boden fallen würde. Ich kam nur wiederholen, dass wir einen Weg gesucht haben, der uns diesen Vorführer ermöglichte, und dieser Weg ist gescheitert. Weiter ist wieder gesagt worden, die Form unseres Appells sei demütigend. Ich stelle fest, dass nicht ein Wort in dem Appell steht, das so gedeutet werden könnte. Eine Verhandlung mit Frankreich in der Wiederherstellungsfrage scheint fast ganz ausgeschlossen. In der französischen Presse werden unsere Vorschläge als unannehmbar und als lächerlich bezeichnet. Gegenüber dieser feile ich fest, dass in den letzten Tagen an der New Yorker Börse sich geltend die Markt um einen Punkt gehoben hat. Da hat der Wiederherstellungsappell eine Schandenrede von 192 Milliarden Goldmark aufgestellt. Die erste Forderung belief sich sogar auf 170 Milliarden Goldmark. In wenigen Tagen haben sich unsere Unterhändler in Paris fertig gemacht, die Rechnung auf 132 Milliarden herab zu drücken. Ich protestiere hiergegen, dass die verbundenen Regierungen, die seit Mitte 1919 sich darauf vorbereiten konnten, uns nur wenige Wochen belassen haben, um diese wichtige Sache zu prüfen.

Der Redner gibt dann eine Nachbetrachtung über die Währungsfrage und meint, dass die glänzende Leistung, die jemals ein Land vollbracht. Bisher hat nur Deutschland abgerückt. Gegenüber dem großen polnischen Heer von 600.000 Mann sind Befestigungen im Osten wohl berechtigt. Die Erregung der Grenzbevölkerung steigt. Eine Entbindung bei der Währungsfrage hat gestern die Antwort gebracht, dass Polen bereits seit Januar abgerückt. Das stimmt nicht zu unseren bisherigen Informationen. Mit der Zeitung über die Währungsfrage sind heute viele Polen nicht einverstanden. Das Währungsproblem ist aber so schwer, dass keine Lösung eine Schiedsfrage für Europa ist. Die Untersuchungen über die Ursachen in Mitteldeutschland haben zweifellos ergeben, dass ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und Russlands besteht. Im übrigen vollzieht sich allmählich ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anpassen mag.

Hr. Graf Bernstorff (D. Vp.): Ist das deutsche Volk innerlich einig, dann kann es alle Opfer tragen. Zur Schuldfrage ist es Pflicht jedes Deutschen, mitzuwirken, dass im Ausland kein Deutschland als Feind verbreitet wird. Amerika ist nur wirtschaftlich, nicht politisch an Europas Verhältnisse interessiert. Weitergehende Untersuchungen erwarten wir von Amerika nicht, aber innerlich ist die Regierung hartnäckiger als die Parteien. Sie mit dem Friedensvertrag nicht zu vereinbarenden Entschlüssen werden die Erfüllung des Kriegszustandes. Es entspricht dem Grundgedanken der Welt und auch der amerikanischen Regierung, dass man vor Eröffnung des Kriegszustandes ein Schiedsgericht anruft. Darum billigen wir durchaus das Entschließen an den Präsidenten Harding.

Hr. Dr. Spahn (D. Vp.): Das der Außenminister die Vermittlung Amerikas anzufragen hat, war richtig. Amerika darf Europa aus seinen Pflichten nicht ziehen. Die Gläubiger Europas geworden. Die Form war dem Außenminister von Amerika empfohlen worden, weil sie der Mentalität der Amerikaner entspricht. Es mag dahingestellt bleiben, ob das richtig war. Die Sache ist erledigt. Wir sollten doch nun vermelden, durch unsere Kritik nehmen die Amerikaner das Vermittlungsamt zu verfallen. Unterdrücken kann ich aber nicht den Zweifel an unserer Fähigkeit der Leistung der 200 Milliarden Mark. Wir haben nicht nur die Pflicht zu arbeiten, wir haben auch ein Recht auf Leben. Wir wissen, wie wir den Krieg verloren haben. Die Schuldfrage wird uns unabhängig von den gegenwärtigen Verhandlungen weiter verfolgt werden. Es lässt sich infolge der Veröffentlichungen feststellen, dass der Standpunkt nicht mehr zu halten ist, dass wir als Urheber des Krieges schuldig in bezug sein können. Ich empfehle die Beachtung des Artikels Polkloches in der Revue des deux Mondes von 1921. Als richtig wird sich das Sprichwort bewähren: Ist die Not am größten, ist Gott am nächsten. (Beifall des Vortr.)

Hr. Ledebour (M. D. P.): Ich vermute, dass vor allem die Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. Simons und Ledebour würden sich sehr leicht verständigen, aber die Kosten müsste dann die deutsche Arbeiterschaft tragen.

Amerikas Außenhandel.

Paris, 28. April. Nach einer Gasabmeldung aus Atlantic City erklärte der Finanzmann William Hughes, der Vorsitzende der Handelskommission der vereinigten amerikanischen Kammern, es sei notwendig, den ausländischen Völkern langfristige Kredite zu bewilligen, um die augenblickliche Lage und die sich zeigende Räumung der Geschäfte zu bekämpfen. In den letzten fünf Monaten sei der amerikanische Außenhandel um die Hälfte gesunken. 650 Schiffe der Shipping Board seien still-

gelegt, und die Schiffe, die von New York nach Europa abgingen, hätten nur etwa 30 v. H. der Ladung.

Die Auffassung von Richtlinien für die Einstellung von Arbeitern.

Man begegnet vielfach, besonders bei den Arbeitnehmern, der Auffassung, dass auf die Forderungen der Arbeitgeberseite oder der Arbeitgeberseite Richtlinien aufgestellt werden müssten. Das ist, wie der Deutsche Industrieverband, Hr. Tressen, seinen Mitgliedern mitteilt, durchaus falsch. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer können einen dahingehenden Wunsch der Gegenpartei rundweg von vornherein ablehnen. Auf den widerstrebenden Teil kann keinerlei Druck, etwa durch den Schlichtungsausschuss, ausgeübt werden. Die Vereinbarung von Richtlinien erweist sich als völlig überflüssig. Das, was dieselben enthalten müssten, ist gesetzlich festgelegt, braucht also nicht besonders geregelt zu werden. Darüber hinaus Zugeständnisse zu machen, liegt nicht im Interesse der Arbeitgeber, umso weniger, als irgendwelche Zugeständnisse von der Gegenseite gar nicht in Frage kommen können.

Unsere Gastfreunde.

Von den unerquicklichen Vorgängen in dem noch immer nicht abgeklärten russischen Lager Wamsdorf gibt die „Neuß-Zeitung“ eine reiche Schilderung. Das Heimkehrerlager Wamsdorf bei Jassen ist für deutsche Flüchtlinge aus den Grenzländern, aus den besetzten Gebieten und für vertriebene Auslandsdeutsche errichtet worden. Die Anwesen der Lager, Männer, Frauen und Kinder, erhalten freie Wohnung, Verpflegung und ein kleines Taschengeld.

Seit einiger Zeit konnte die Lagerverwaltung feststellen, dass unter den aus Russland zurückgekommenen Deutschen eine starke bolschewistische Agitation entfaltete wurde. Russische Soldaten, die im verflochtenen Jahre während des russisch-polnischen Krieges in Ostpreußen entlassen und dann nach Jassen ge-

Schleichwege und Schnüffeleien.

Die französische Maske.

London, 28. April. Daily News schreibt in einem Was will Frankreich? überschriebenen Artikel, die bisherige Stellungnahme der französischen Regierung gegenüber den neuen deutschen Vorschlägen unterstütze die Ansicht, dass ohne Rücksicht auf die von Deutschland unterbreiteten Vorschläge Frankreich die Zerstückung Deutschlands zustande bringen wolle. Daily News fragt, ob Frankreich bereit sei, in dieser Frage allein zu stehen, und ob es sich leisten könne, die öffentliche Meinung in England und Amerika unzufrieden zu lassen.

Daily Herald schreibt, die französische Regierung denke nicht in erster Linie an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs, sie denke an die dauernde Befestigung des linken Rheinufer und die Befestigung des Ruhrgebietes; sie denke an die Zerstückelung Deutschlands, an einen neuen Rheinbund, vielleicht auch an ein neues Königreich Belgien.

In dem diplomatischen Bericht des Daily Telegraph heißt es, der erste Eindruck, den die deutsche Note am Dienstagmittag in London gemacht habe, sei im ganzen genommen, ein günstiger gewesen. — Daily News meldet, in antiken britischen Kreisen bestehe keinerlei Neigung, in die begehrenden einseitigen Ablehnung der deutschen Vorschläge durch die französische Presse einzustimmen. Die Ansicht greife immer mehr um sich, dass das Hauptziel Frankreichs überhaupt nicht die Reparation, sondern die Befestigung des Ruhrgebietes unter irgendeinem Vorbehalt ist.

Sabaz schnüffelt.

Berlin, 28. April. Sabaz hat aus Amerika die Nachricht verbreitet, die Firma Krupp habe in Amerika 200 neue Patente für Erfindungen, die die Kriegstechnik und das Kriegsmaterial betreffen, eingereicht. Die Angelegenheit ist sehr geheim. Krupp hat tatsächlich 198 Erfindungen beim amerikanischen Patentamt eingereicht, um sich das Patentrecht zu sichern. Diese betreffen z. T. Friedensmaterial und z. T. Kriegsmaterial. Die Patente betreffen Erfindungen, die in den letzten sechs Jahren gemacht wurden. Nach dem amerikanischen Patentrecht müssen diese Erfindungen auf den Namen der Erfinder eingetragen werden. Die Erfindungen werden als Eigentum der Firma betrachtet. Die Erfinder sind Angehörige der Firma Krupp und diese haben das Patentrecht an den Erfindungen. Die Firma wollte sich also lediglich das geistige Eigentumsrecht an den Erfindungen mit den verschiedenen finanziellen Folgerungen, die sich aus dem Verkauf der Patente und ähnlichem ergeben, sichern.

Die Patenten.

Paris, 28. April. In einer Sabaz-Meldung aus London heißt es: Die Besprechungen zwischen

bracht worden. Neben durch besondere Mittelmänner Zeitungen und Aufrufe in das Heimkehrerlager hinein geschungen. In diesen Zeitungen und Aufrufen, meist Nachdruck aus in Petersburg und Moskau erscheinenden Sowjetorganen, wurden den geflohenen Deutschen die lockendsten Anerbietungen gemacht. Durch diese verheerende Propaganda gelang es den bolschewistischen Agenten, unter den aus Russland geflüchteten, zum Teil schon bei Kriegsausbruch zurückgekehrten Deutschen eine unruhige Stimmung zu verursachen. Vor etwa vierzehn Tagen hielten die Deutschrussen des Lagers eine Versammlung ab, in der ein Ruf die Anwesenden aufforderte, sofort die Rückkehr nach Sowjetrußland zu verlangen. Im Anschluss daran begab sich eine Kommission zu dem Vertreter der Sowjetrepublik in Berlin, Grin. Dieser erklärte, er würde sofort bei der deutschen Regierung den Rücktransport derjenigen Deutschen, die früher in Russland geflohen haben, veranlassen.

Am Sonntag ließ daraufhin der Reichskommissar Stücken im Wandsdorfer Lager erklären, dass die deutsch-russischen Internierten nicht das Recht hätten, nach Russland zurücktransportiert zu werden, da für sie nicht dieselben Bestimmungen gelten, die für die in Deutschland gefangen gehaltenen Rotgardisten, die nach einem Abkommen mit der Sowjet-Regierung jetzt nach ihrer Heimat abtransportiert würden. Trotz dieser Erklärung gaben sich die deutsch-russischen Flüchtlinge nicht auf, sondern begannen den Anordnungen der Lagerverwaltung passiven Widerstand entgegenzusetzen, indem sie die Annahme irgendeiner Arbeit verweigerten, die ihnen von dem Stellenausschuss befohlen werden konnte.

Vor allen Dingen verurteilten zwei Brüder Zippert und ein gewisser Georg Gregorjewitsch die Internierten aufzukommen. Als der eine der Brüder Zippert sich bereits dreimal geweigert hatte, ein Stellenangebot anzunehmen, verbot ihm die Lagerverwaltung den weiteren Aufenthalt im Lager. Die Mitteilung von der Entlassung dieses Mannes löste bei den russischfreundlichen Deutschen eine gewaltige Empörung aus. In größeren Abteilungen zogen sie vor das Direktionsgebäude und versuchten es zu stürmen. Als der stellvertretende Direktor Samarski die aufgeregte Menge zu beruhigen suchte, wurde er persönlich angegriffen und mußte in sein Büro flüchten. Erst der schnell zu Hilfe gerufenen Lagerwache und einer größeren Abteilung der Schutzpolizei, die in Kraftwagen nach Wandsdorf eilte, gelang es, die Ruhe vollständig wiederherzustellen.

den französischen, belgischen und englischen Ministern wurden gestern mittag fortgesetzt, während die französischen und englischen Sachverständigen ihre Arbeit weiterführten. Es wurde beschlossen, zwei englische und französische Unterkommissionen heute morgen aufzubrechen zu lassen, die die Prüfung der Schuldenfragen und besonders der Kohlenfrage übernehmen werden. Der Tag endete mit einer wichtigen Besprechung zwischen Jasper und Loucheur. Aus den Entwürfen, die man gegen Abend hatte, geht hervor, dass man auf englischer Seite auch auf französischer Seite nicht sehr von den deutschen Gegenvorschlägen eingenommen ist. Man hat sich davon überzeugen müssen, dass diese neuen Vorschläge nur eine Fälschung der Vorschläge von London waren, und dass sie unannehmbar sind.

Recht Amerika ab?

Köln, 29. April. Eine drahtlose Meldung der „Kölnischen Post“ aus London besagt, eine von der britischen Regierung in Berlin erzielene Erläuterung hinsichtlich des neuen deutschen Angebots läßt die Vorschläge in einem ungünstigeren Lichte erscheinen.

Wie das Blatt weiter meldet, will der New Yorker Korrespondent der „Times“ von autorisierter Seite erfahren haben, die Regierung der Vereinigten Staaten habe endgültig beschlossen, die Übermittlung der deutschen Vorschläge an die Alliierten abzulehnen.

Eine Antwort der amerikanischen Regierung liegt noch nicht vor.

Die Operationen am Saarland.

Saarbrücken, 28. April. Die Regierungskommission für das Saargebiet hat den Kreis- und kommunalen Parlamenten eine Verordnung zur Begutachtung unterbreitet, die sich mit der Fassung des Artikels 8 der Verfassung befaßt. Es heißt in der Verordnung unter 3:

Der mindestens drei Jahre lang seinen Wohnsitz im Saargebiet hat und während dieser Zeit Steuerzahler war, erwirbt ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit oder des Geschlechts die Eigenschaft eines Saarbewohners. Der oben vorgesehene Zeitraum von drei Jahren wird auf sechs Monate herabgesetzt für diejenigen Personen, die auf Grund eines Kontrakts oder einer Ernennungsurkunde den Beweis erbringen, dass sie ein Amt bekleiden oder einer Beschäftigung nachgehen, die den Aufenthalt bedingt. In Paragraph 5 heißt es: Jeder Saarbewohner, der seinen rechtshängigen Wohnsitz außerhalb des Saargebiets verlegt, verliert nach einem Jahr die Eigenschaft als Saarbewohner.

Gegenüber hat der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion der Kreis- und Bezirksräte einstimmig Verwahrung eingelegt.

Die Kriegsschäden.

Paris, 28. April. Der Wiederherstellungsausschuss veröffentlicht folgende Mitteilung: Im Ausführung der Bestimmungen des Artikels 233 des Friedensvertrags hat der Wiederherstellungsausschuss einstimmig entschieden, den Betrag für die Schäden, zu deren Bezahlung Deutschland nach dem Wortlaut des Artikels 232, Absatz 2 der Anlage 1 zu Abschnitt 8 des Vertrags verpflichtet ist, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen.

Be der Festsetzung dieser Ziffer hat der Ausschuss die möglichen Abzüge von den Schadenersätzen vorgenommen, um den in Ausführung des Artikels 233 erfolgten oder noch zu bewerkstellenden Entschädigungen Rechnung zu tragen. Infolgedessen besitzt Deutschland auf Grund dieser Entschädigungen keinerlei Guthaben mehr.

Der Ausschuss hat in die oben erwähnte Ziffer nicht die Summe einbezogen, die Deutschland ausserdem gemäß Absatz 3 des Artikels 232 zur Last fällt, wonach Deutschland alle Summen zu ersetzen hat, die Belgien bei den alliierten und assoziierten Regierungen bis zum 11. November 1918 entliehen hat, einschliesslich 5 v. H. Zinsen von diesen Summen.

Will man diese 132 Goldmilliarden mit den Forderungen der Pariser Beschlüsse vom 29. Jan. d. J. vergleichen, so ist daran zu erinnern, dass diese Beschlüsse keinen festen Gesamtbetrag, sondern 1. auf 42 Jahre verteilte Jahreszahlungen forderten, deren Endsumme sich auf 226 Milliarden und deren Gegenwert sich auf 53 Milliarden berechnen liess. (Heute sagt Herr Loucheur allerdings auf 42 Jahre verteilten veränderlichen Zahlungen aus einer zwölfpromigen Auswahlabgabe, deren Endbetrag zwischen 70 und 150 Milliarden geschätzt wurde, während ihr Gegenwert wegen der Veränderlichkeit unserer Ausgabe sich kaum bestimmen liess. Den jetzt vom Wiederherstellungsausschuss geforderten 132 Goldmilliarden Gegenwert setzen also die Pariser Forderungen gegenüber. Mit 1. 53 Milliarden Gegenwert — nach Loucheur 120 — (226 Milliarden in festen Jahreszahlungen) plus 2. 100 Milliarden aus veränderlichen Jahreszahlungen.

Das Vergabensystem.

Genf, 28. April. Die neuen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der vier Arbeitgeberverbände, die nach der Wählung der Arbeiter durch den Aussenverarbeiterverband notwendig geworden waren, hatten heute folgendes Abkommen als Ergebnis: Am 20. April 1921 treten folgende Lohnveränderungen ein: 1. für Gedingearbeiter unter Tage 5,50 Mark je Schicht gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gedingearbeiter der einzelnen Schichtanlagen vom Oktober 1920. 2. für Schichtführer über 20 Jahre unter und über Tage je 8 Mark je Schicht. 3. für 18 und 19 Jahre alte Schichtführer unter und über Tage 4,50 Mark je Schicht. 4. ebenso für die 16 und 17 Jahre alten Schichtführer unter und über Tage 2,50 Mark je Schicht. 5. für die 14 und 15 Jahre alten Schichtführer 1,50 Mark je Schicht. Für Gedingearbeiter wird der Grundlohn von 27 Mark erhöht. Die Unterstage-Zulage von 3 Mark bleibt daneben bestehen, dagegen werden die bisherigen Zulagen von 4,50 Mark und 2 Mark bzw. 1 Mark je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohns abgegolten sind, im Gebinde verrechnet.

Bedingung für dieses Abkommen ist, dass die Reichsregierung auf die Ausführung des Vertrags von fünf Mark für die Zölle verzichtet, der gegenwärtig vom Kohlenpreis für die Lebensmittelpreise der Vergleiche eingehalten wird und hierfür bei Wegfall der Lebensmittelpreise nicht mehr in Betracht kommt.

Verdopplung der Zulagen zu den Unfallrenten.

Berlin, 28. April. Allen Empfänger einer Unfallrente, die eine Zulage erhalten, sind die für das Kalenderjahr 1921 zu zahlenden Zulagen in doppelter Höhe auszugeben. Zunächst werden nur die am 1. Mai laufenden Zulagen doppelt gezahlt. Der vom 1. Januar 1921 an noch zu zahlenden Beträge sind gegen Ende einer gemeinsamen Zulagequittung am 2. Mai bei den Postämtern abzugeben.

Der englische Streit.

London, 28. April. Die Besprechung der Arbeiterführer hat sich bis spät in die Nacht hingezogen, doch ist man so weit gelangt, dass man die

Deutschland und Frankreich.

Der christliche Abg. Sangnier hat in der Straßburger Pantheon-Halle vor einer tausendköpfigen Echar von Zuhörern seine Gedanken zu einem christlichen Völkerverbund entwickelt, aus welchen wir nach dem Bericht der Zeitschrift „La Jeune République“ folgendes wiedergeben:

„Wie kann man im Ernst daran denken, dass sich nichts ändern wird in den nächsten 42 Jahren, wie kann man im Ernst annehmen, dass die Deutschen in 42 Jahren uns freiwillig ihre 6 Jahresmilliarden abliefern werden? Selbst die für das Pariser Abkommen am meisten eingenommenen Politiker erklären, dass diesem nur theoretische Bedeutung zugemessen sei und es verfehlt wäre, solche abenteuerliche Maßnahmen buchstäblich zu nehmen.“

Es sind doch nur zwei Dinge möglich: Entweder es erfolgt sich die deutsche Industrie nicht, und dann wäre es Wahnsinn, anzunehmen, dass die Milliarden und aber Milliarden bezahlt werden, oder Deutschland erhebt sich und dann wird seine Macht gewaltig, wer wollte daran denken, dass eine derart sich stark fühlende Macht sich nicht weigern würde, ihre Schuld zu bezahlen, sobald die Bande der Entente zerissen oder nur gelockert wären?

Aus diesem Dilemma führen nur zwei Wege: London bedeutet nur eine Art vorübergehendes Stillstand, eine Überbrückung des bedrohlichen Gedankes, ohne jedoch dessen Zusammenbruch für lange aufhalten zu können. Der zweite Weg, der allein unser Land vor militärischer, industrieller oder wirtschaftlicher Vergeltung bewahren und die Welt der Zukunft zu friedlichen Zuständen führen kann, besteht darin, dass man entschlossen daran geht, die Beziehungen zwischen den Völkern auf ganz neue Grundlagen zu stellen. Das nun wahre Völkerverbund greift. Die Mitglieder dieses Völkerverbundes dürften keineswegs die ausschließlichen Interessen ihres Volkes verfolgen, sondern sie müssten sich dazu erheben, die Allgemeininteressen der Menschheit zu verteidigen und zu schützen, Ordnung und Harmonie auf der Welt herzustellen und zu erhalten.

Dieser Völkerverbund wird nicht durch die Regierungen geschaffen, sondern wahrscheinlich gegen dieselben. Wenn Sie geschehen hätten, wie Herr Viviani im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten mir antwortete, als ich meinen immerhin noch recht schäferischen Gesandtenvortrag verteidigte, der ja nur forderte, dass die französischen Delegierten zum Völkerverbund in Ermangelung des vorläufig noch unmöglichen Völkerverbundes wenigstens durch das Parlament ernannt werden sollten und so aufhören, geborene Diener des Auswärtigen Amtes zu sein und nach ihrem Gewissen allein stimmen könnten Herr

Lösung der Krise als unmittelbar bevorstehend ansetzt. Das Angebot der Regierung, einen Zuschuss von 18 Pence für jede gebaute Tonne zu gewähren, dürfte eine Einigung herbeiführen, immerhin wird der britische Steuerzahler durch diese Verwendung von staatlichen Geldern um 7½ Millionen Pfund Sterling vierteljährlich höher beansprucht werden. Die Arbeiter dürfen, auch wenn auf dieser Basis eine Einigung zustande kommt, kaum vor Ende dieser Woche wieder aufgenommen werden können.

London, 28. April. Die Vergarbeiter haben das Angebot der Regierung abgelehnt.

Lloyd George.

London, 28. April. Im Unterhaus erklärte Lloyd George heute auf eine Anfrage:

Ich bebaue unendlich, sagen zu müssen, dass die deutschen Vorkläge keineswegs befriedigend sind. Ich hätte gewünscht, erklären zu können, dass sie die Lage geändert hätten. Sie werden in diesem Augenblick mit anderen Vorklägen von den Finanzfachverständigen aller Verbündeten sehr eingehend geprüft.

In Beantwortung einer weiteren Frage erklärte der Ministerpräsident, dass dem Hause vor der Belegung des Abgabebereichs Gelegenheit gegeben sein

Widani antwortete mir, dass dies einen rechtlichen Anknüpfungspunkt bedeute, dass die Sicherheit des Landes gefährdet würde, dass die Vorkläge des Völkerverbundes unbedingt weniger Selbstständigkeit haben dürften als die gewöhnlichen Vorkläge, dass sie nur unter der Bedingung der Regierung zu stehen hätten.

Eine tiefgründige Arbeit ist also erforderlich; die Welt für diesen Gedanken tatkräftiger Solidarität empfänglicher zu machen, auf einen wahren Völkerverbund vorzubereiten, eine geistige und moralische Arbeit! Doch wird man mir entgegenhalten, Sie werden doch selbstverständlich zu dieser Art keine Deutschen heranziehen?

Ja wohl, hier werden vielleicht einige Stimmen ob meiner Rede, und doch ist dies reine Verwirrung: wenn irgendwo tatkräftig für diesen Gedanken gewonnen werden muss, so ist es hauptsächlich in Deutschland. Wir müssen alles Gute und Gütliche auf der Welt an uns ziehen und wenn wir Deutsche finden, die mit uns arbeiten, dann haben wir mehr getan für unser Land und für die Menschheit, als wenn wir durch Wegnahme von Provinzen in Deutschland den Vergeltungswillen gestärkt hätten.

Als ich kürzlich in einer Versammlung in Bordeaux von dem deutschen Soldaten sprach, die oft nur einige Meter von den unfrischen in den nahen Schützengräben kämpften, die von unsren Augen, Granaten und Schrapnells fielen, wie die ihrigen das Blut unserer Soldaten fließen ließen, sagte ich, dass schließlich diese Soldaten Mütter hätten, wie die unseren eine hatten, dass sie Frau und Kinder hatten, und weil ich so sprach, verachte man von verschiedenen Seiten des Saales mich am Weiterreden zu verhindern, man weigerte sich zuzugehen, dass die Deutschen Menschen seien, wie wir, die leiden könnten wie wir, die genau wie wir, ihr Vaterland lieben könnten; man schien behaupten zu wollen, dass sie auf ewig in den Vann der Menschheit gehörten.

Nehmen wir uns in acht! Wenn wir einen neuen Teil der Welt in den Vann der Menschheit stellen wollen, dann werden wir unverbesserlich haben zuzuhören, werden wir blutige Vergeltung herausfordern, denn: das Friedenswerk ist unmöglich, solange wir war Soldaten einwohnen, aber nicht endlich den Haß aus der Welt geschafft haben. (Beifall.)

Die Stimme des Propheten in der Wüste. In Frankreich ist man an wenigsten bereit, sie zu hören. Aber die Tatsachen zeigen klar, in welcher Richtung die christliche Politik und eine christliche Internationale arbeiten muss. Sampaniens Kampf ist geeignet, die starke gleichartige Bewegung in Deutschland für sich zu interessieren.

werde, seine Ansichten in dieser Hinsicht kundzutun. Lloyd George sagte hinzu: „Ich glaube zu wissen, dass Abmachungen in der Richtung getroffen sind, dass die Erörterungen darüber am kommenden Donnerstag im Unterhaus stattfinden können. Ich bemerke, dass die Entscheidung des Obersten Rates nicht vor Montag oder Dienstag getroffen sein wird.“ Lord Robert Cecil fragte: „Können wir diese Erklärung so zu verstehen, dass Land zu seiner Aktion verpflichtet sein wird, bevor die Aussprache darüber stattgefunden hat?“ Lloyd George antwortete: „Wenn der Abgeordnete damit sagen will, dass die Vertreter der englischen Regierung für das Land nicht weiter eine Verpflichtung eingehen können, als die Regierung dies für notwendig erachtet, so kann ich diesen Standpunkt nicht annehmen. Es wäre durchaus nutzlos, sich unter solchen Umständen zu einer Konferenz zu begeben. Deshalb habe ich am vergangenen Montag in endgültiger Form erklärt, welches der Standpunkt der englischen Regierung in dieser Angelegenheit ist, dass nämlich, wenn die Vorkläge Deutschlands nicht befriedigend seien, es nicht an mir liege, zu erklären, ob man Deutschland einen neuen Aufschub bewilligen soll. Wenn die deutschen Angebote nicht befriedigend wären, so wären wir zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet, doch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengeheimhaltung betraf.“

Bei der nun stattfindenden Versammlung der „Union“ und „Grafen“ zu Paris sprach der Vorsitzende aus, dass die deutschen Vorkläge für die englische Regierung nicht befriedigend seien. Der Herr Ministerpräsident Dr. Lloyd George sprach dann über die Verhandlungen mit den Deutschen. Er sagte, dass die Verhandlungen in der Richtung getroffen sind, dass die Erörterungen darüber am kommenden Donnerstag im Unterhaus stattfinden können. Er bemerke, dass die Entscheidung des Obersten Rates nicht vor Montag oder Dienstag getroffen sein wird. Lord Robert Cecil fragte: „Können wir diese Erklärung so zu verstehen, dass Land zu seiner Aktion verpflichtet sein wird, bevor die Aussprache darüber stattgefunden hat?“ Lloyd George antwortete: „Wenn der Abgeordnete damit sagen will, dass die Vertreter der englischen Regierung für das Land nicht weiter eine Verpflichtung eingehen können, als die Regierung dies für notwendig erachtet, so kann ich diesen Standpunkt nicht annehmen. Es wäre durchaus nutzlos, sich unter solchen Umständen zu einer Konferenz zu begeben. Deshalb habe ich am vergangenen Montag in endgültiger Form erklärt, welches der Standpunkt der englischen Regierung in dieser Angelegenheit ist, dass nämlich, wenn die Vorkläge Deutschlands nicht befriedigend seien, es nicht an mir liege, zu erklären, ob man Deutschland einen neuen Aufschub bewilligen soll. Wenn die deutschen Angebote nicht befriedigend wären, so wären wir zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet, doch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengeheimhaltung betraf.“

Stadt-Nachrichten.

Heuß, 29. April 1921.

Parteilist. Wir machen die vereinigten Vereine schon seit darauf aufmerksam, dass für den zweiten Sonntag nach Pfingsten ein gemüthliches Beisammensein der Parteifreunde mit Darbietungen aller Art geplant ist, und bitten um rechtzeitige Berücksichtigung bei der Festsetzung des eigenen Vereinskalenders.

Volkverein der Mitterpforte. Die Vertrauensleute werden gebeten, das letztersehene Fest des Volkvereins (Mr. 8) zwecks Verteilung an die einzelnen Mitglieder heute, Freitag, abends zwischen 6 und 8 Uhr beim Präses, Friedhof 7, abzuholen. Gleichzeitig mögen die jeweiligen Vertrauensleute, die mit der Abholung und Verteilung des vorliegenden Festes (Mr. 2) noch im Rückstand sind, die Gelegenheit benützen, auch dieses Fest heute abend entgegenzunehmen.

Der Jugendverein vom roten Kreuz für den Stadtteil Heuß hielt am 25. d. Mts. im Rathaus seine Generalversammlung ab. Die Versammlung wurde von dem Herrn Vorsteher, Herrn Medizinalrat Dr. Niemeyer, eröffnet, welcher auch der Jahresbericht erstattete. Aus letzterem ging hervor, dass der Verein sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr im Rahmen der ihm durch die Satzungen gegebenen Richtlinien betätigt hat. Dem Verein wurden durch das amerikanische Rotes Kreuz verschiedene Geschenke überwiesen, die an künftige Spontaneien unter besonderer Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern zur Verteilung kamen. Ausgesprochen wurde die Feststellung, dass die dem Jugendverein angeschlossene Feiertagskolonne in der letzten Saison ihre Leistungen mit Eifer und in dem Geiste der Kameradschaft in der letzten Saison zu bezeugen. Der Schatzmeister des Vereins, Herr Fritz Joller, erstattete den Kassabericht. Die Rechnung war von Herrn Meiner Josef Zappermann und Herrn Viktor Wegner geprüft und richtig befunden worden, worauf dem Schatzmeister von der Versammlung Entlastung erteilt wurde.

Die heutigen gütlich veränderten Verhältnisse haben bei den Rotes-Kreuz-Vereinen eine völlige Umstellung ihrer Bestrebungen hervorgerufen. Hierzu mussten auch die Satzungen eine Änderung erfahren. Die Generalversammlung erklärte sich im Prinzip mit der vom Rotes-Kreuz Landesverein vom roten Kreuz herausgegebenen Musterfassung einverstanden, der Wortlaut der für den jeweiligen Jugendverein maßgebenden Satzung bleibt jedoch der Beschlussfassung vorbehalten. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 5 Mark jährlich festgelegt. Bei dieser Gelegenheit stellte der Herr Vorsteher fest, dass im Publikum vielfach der Irrtum der Jugendvereine vom roten Kreuz nicht bekannt und die irrtümliche Meinung verbreitet sei, mit Roteskreuz sei auch die Tätigkeit der Jugendvereine vom roten Kreuz verbunden. Das dem nicht so ist, geht aus den Vereinssatzungen hervor. Diese lagen, dass der Verein, der die Aufgabe des deutschen Rotes im Osten neuzugewonnenen Wohlfahrtskreises zusammenzufassen und jedem Deutschen Gelegenheit zur Vertikalisierung zu geben auf allen Arbeitsgebieten, welche sich auf die Verhütung, Beseitigung und Abwendung gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Not beziehen. Insbesondere kommt dabei in Frage: Hebung der Volksgesundheit, Bekämpfung von Seuchen und Volkskrankheiten, Ausbildung der hierzu erforderlichen Kräfte, Vorbereitung und Leitung des allgemeinen Rettungswesens, Hilfsdienste (Sanitätskolonnen, freiwillige Krankenpflege usw.). Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Mithilfe bei der Beseitigung von Kriegsschutt, Aufräumarbeiten im Inn- und Auslande. Solche Aufgaben lassen sich aber nur erfüllen, wenn aus allen Kreisen der Bürgererschaft, Damen und Herren, in überaus großer Zahl dem Verein als Mitglieder beitreten und dem Verein außerdem möglichst viele und große besondere Zuwendungen zugehen lassen. Anmerkungen von Mitgliedern und Zuwendungen für den Verein nehmen die Vorstandsmitglieder gerne entgegen.

Bei der nun stattfindenden Versammlung der „Union“ und „Grafen“ zu Paris sprach der Vorsitzende aus, dass die deutschen Vorkläge für die englische Regierung nicht befriedigend seien. Der Herr Ministerpräsident Dr. Lloyd George sprach dann über die Verhandlungen mit den Deutschen. Er sagte, dass die Verhandlungen in der Richtung getroffen sind, dass die Erörterungen darüber am kommenden Donnerstag im Unterhaus stattfinden können. Er bemerke, dass die Entscheidung des Obersten Rates nicht vor Montag oder Dienstag getroffen sein wird. Lord Robert Cecil fragte: „Können wir diese Erklärung so zu verstehen, dass Land zu seiner Aktion verpflichtet sein wird, bevor die Aussprache darüber stattgefunden hat?“ Lloyd George antwortete: „Wenn der Abgeordnete damit sagen will, dass die Vertreter der englischen Regierung für das Land nicht weiter eine Verpflichtung eingehen können, als die Regierung dies für notwendig erachtet, so kann ich diesen Standpunkt nicht annehmen. Es wäre durchaus nutzlos, sich unter solchen Umständen zu einer Konferenz zu begeben. Deshalb habe ich am vergangenen Montag in endgültiger Form erklärt, welches der Standpunkt der englischen Regierung in dieser Angelegenheit ist, dass nämlich, wenn die Vorkläge Deutschlands nicht befriedigend seien, es nicht an mir liege, zu erklären, ob man Deutschland einen neuen Aufschub bewilligen soll. Wenn die deutschen Angebote nicht befriedigend wären, so wären wir zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet, doch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengeheimhaltung betraf.“

Der Dämon.

86) Roman von Paul Graebein.

Ein Raub der Leberausfaltung aus drei Heften. Im nächsten Moment aber entfuhr es Herbert: „Hat das Zimmer nicht einen zweiten Ausgang?“

Nur ins Nebenzimmer, nach Nr. 88, und der Portier deutete auf die Türe nebenan.

Schon stand Herbert jetzt davor und klopfte ungeduldig. Aber auch hier blieb es still. Ein gewisses stärkeres Pochen — aber halt! Man es jetzt nicht wie ein leiser Angstschrei von drinnen herans?

„Gnädige Frau, verzeihen — hier der Portier. Sind Herr Doktor denn nicht brinnen?“ Der Hotelbedienteste, der selbst in starker Beunruhigung, rief es der Dame zu, die er ja dort wachte.

„Nein — mein Mann ist nebenan — er nimmt ein Bad.“ nur leise und mühsam kam die Antwort.

„Ein Bad?“ Verdacht sah der Portier die Herren an. Und plötzlich, von bösen Ahnen durchdrungen, ließ er um die Ecke, vor einer kleineren Türe drückte sich der Portier, schob den Schlüssel auf die Seite und blühte durch das Schloss — kein Schlüssel drinnen — also von außen abgeschlossen.

Durchgebrannt — durch den zweiten Ausgang! sagte der Portier mit der Miene des kühnen Hotelmannes, und er wies den langen Korridor hinab. „Wo — dort?“ Und schon eilte Herbert in der bezeichneten Richtung den Korridor entlang, die Treppe hinunter, trat auf die Straße, aber vergebens — von dem Flüchtigen war nichts mehr zu sehen. Also doch entkommen!

Aber mochte der Schurke auch leider entwischt sein, sein Opfer war ihm doch entziffen — und das war die Hauptsache! Und allmählich kam die Freude über diesen Erfolg über ihn, an den er ja vor einer Stunde kaum zu denken gewagt hatte. So kam Herbert zu Dr. Mastott zurück, der inzwischen dem Portier alle nötigen Aufschlüsse

über den angeblichen Dr. Murari gegeben hatte. Jetzt blieb es nun allerdings noch den schwierigsten Teil ihrer weiteren Aufgabe lösen — die arme Frau da drinnen von ihrem Banne zu erlösen. Nach längerem Nachsinnen holte der Portier vom Hotelbedienteste die Schlüssel zum Zimmer Nr. 87, und Herbert trat nun mit Dr. Mastott dort ein.

Er ging mit Herbert an die Verbindungstüre zum Nebenzimmer und klopfte dann leise an. „Gnädige Frau, verzeihen Sie die Störung, aber wir müssen Sie dringend sprechen. — Ich bin es, Herbert Bedelino.“

Im selben Moment aber erscholl drinnen ein schriller Angstschrei; er war also, wie sie schon befürchtet hatten: Bacarescu hatte natürlich die kurze Zeit seit heute mittag benutzt, um seiner Frau vor Herbert, ihrem Mutter, dieselbe Furcht einzufloßen wie vor ihren Verwandten.

Dr. Mastott sah Herbert entschlossen an. „Es hilft nichts — nun muß ich schon versuchen. Aber bitte, lassen Sie mich mit ihr allein.“ Und der Arzt trat in das Nebenzimmer, die Türe hinter sich schließend.

Herbert lauerte mit angehaltenem Atem. Er hörte erst den erneuten Schreieschrei der angstgepeinigten Frau, wie sie aufsprang und, nach ihrem Mann schreiend, zu diesem flüchtigen wollte, den sie ja noch nebenan vermutete.

Dann vernahm er ein knirschendes Geräusch. Dr. Mastott hatte wohl das elektrische Licht in dem völlig dunklen Raum aufgedreht — ein neuer schriller Angstschrei: sie hatte den fremden Mann erkannt — aber nun kam ruhig und fest des Arztes Stimme, die ihr Mut und Trost sprach.

„Gut, sträube dich die arme Frau noch, offenbar in heftiger Furcht vor dem Fremden — Herbert hörte deutlich ihr Schreien und Wehen — dann aber wurde sie stiller: der Einfluß des Arztes begann offenbar zu wirken.“

Nun war es Herbert, als ob sie sich willig von ihm wieder zur Ruhefaltung fähig ließ; sie war jetzt ruhig geworden und man hörte wie sie kam auf

sie einsprechende Stimme des Doktors. Dann wurde es ganz still — wahrscheinlich hatte er sie in den Schlafzustand versetzt.

Es war so. Eine Minute später kam Dr. Mastott leise heraus aus dem Zimmer, und flüsternd sagte er zu Herbert: „Es war ein schweres Stück Arbeit — sie war tollkühn erregt, wie sie ja wohl gehört haben — aber nun habe ich sie. Gott sei Dank, soweit sie schläft. Ich werde nun weiter bei ihr bleiben, und meine Versuche der Gegenwirkung beginnen. Sie steht ja freilich durch das ganze furchtbare Verbrechen heute momentan besonders stark unter keinem Einfluß, aber ich werde sie schon kriegen. Dabei, mein lieber Herr Mastott, bin ich am besten aber ganz ungestört. Das beste wäre also, Sie fahren zunächst wieder ab, nach Berlin. Gehen können Sie ja vorderhand doch nichts. Ich werde Ihren Schilling noch heute zu mir in die Wohnung nehmen, wo meine Frau ihr die beste Pflege angedeihen lassen wird und ich sie stündlich unter meiner Hand habe. Vielleicht benachrichtigen Sie also nach Herrn Mastott von allem, und daß er morgen einmal zu mir kommt. Sehen darf er sie ja vorläufig am allerwenigsten.“ Und Sie, mein lieber Herr Mastott, der Arzt schüttelte Herbert mit frischem Druck die Rechte. „Sie machen dann, daß Sie heimkommen. Sie haben ja nun, nachdem Sie sich so opfernd für die arme Frau hier eingesetzt haben, an anderen zu denken. Bringen Sie mir Ihre eigene Sache wieder ins reine es wird nach alledem ja wohl nicht allzu schwer fallen, sollte ich meinen.“ er lächelte frohlich, und dann — vielleicht können Sie doch von Berlin aus Freund Bacarescu noch irgendwie zu Hilfe gehen. Es wäre ja doch jammervoll, wenn dieser dunkle Schreimann stracks ausgehen sollte.“

„Bei Gott, ja! Da haben Sie recht. Herr Doktor!“ fiel Herbert erregt ein. „Ich drehe danach, mit dem Schuß Abrechnung zu halten. An mir sollt also nicht fehlen.“ Auf Wiedersehen, Herr Doktor.“

Da die Zeit bis zum Nachschneuzug nach Berlin

den, den er benötigte wollte, um in begreiflicher Sehnsucht morgen früh schon wieder daheim zu sein, zu knapp war, um Moosfetter zu benachrichtigen, so beschloß er sich herüber auf ein ausfälliges Schreiben. Weitere Einzelheiten würde ja Moosfetter dann morgen von Dr. Mastott erfahren.

Herbert war in Berlin angekommen, gleich in die Wohnung seiner Mutter gefahren. Das war ein Wiedersehen, ein Fragen und Erzählen! Die Seinen hatten ja von all den aufregenden Ereignissen der letzten Tage gar keine Ahnung gehabt.

Sie hatten ihn vielmehr ruhig im Hause Bacarescu gewohnt und waren nun im höchsten Grade erschreckt, als sie von all den Dingen hörten, die sich inzwischen abgespielt hatten.

Nun erklärte Herbert auch noch seinerseits, daß Gott wieder in Berlin sei. Von dem Konflikt zwischen den Verlobten war Herberts Angehörigen ja noch nichts bekannt geworden. Gott war zu stolz, als daß sie sich über den Geliebten bei den Seinen hätte beklagen wollen, und ihre Weise mit der Mutter zur Zane, wofin sie ja öfter einmal kamen, war bei Herberts Familie auch nicht aufgefallen. Als Gott aber gestern endlich wieder einmal bei Tage Moosfetter vorprach, hatte sie bei Tage unaufrichtig nach Herbert gefragt, in der Hoffnung, etwas Näheres über ihn zu erfahren. Aber die Freundin hatte ihr selbst nichts von dem Bruder zu erzählen gewagt. So war Gott dem schließlich doch wieder gegangen, aber Inge hatte doch noch von ihm gehört, daß sie noch heute abend an Herbert schreiben wollte.

Und gütlichen Herzens vernahm Herbert die frohe Botschaft, erlag er doch voraus, daß Gott sich wieder auf sich selbst besinnen hatte und ihn ihrerseits nun die Hand zur Veröhnung reichen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

